

Memorandum



1. Der nicht-kommerzielle Sektor im Dienste der BürgerInnen

Qualitative Dienstleistung gewährleisten, um gemeinsam auf die steigenden sozialen, gesundheitlichen, geistigen und kulturellen Bedürfnisse zu antworten!

Zahlreiche neue Notwendigkeiten ergeben sich aus folgenden Faktoren:

- Die Veralterung der Bevölkerung,
- die Förderung der Bürgerbeteiligung,
- die Zuwanderungspolitik,
- die Gefahr der Ausgrenzung, der Isolation oder Abhängigkeit,
- die Entwicklung im Bereich der Gesundheitsversorgung,
- die Entwicklung der Freizeitgesellschaft,
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- die Pluralisierung der partnerschaftlichen Lebensformen,
- die Finanz- und Wirtschaftskrise.

All diese bereits bestehenden und sich entwickelnden Bedürfnisse erfordern ein langfristiges und konsequentes Entgegen, welches durch eine gleichzeitige Stärkung des nicht-kommerziellen Sektors gewährleistet werden kann¹.

Die nicht-kommerziellen Organisationen erfüllen eine wichtige gesellschaftliche Mission. Sie nehmen diese wichtige und soziale Rolle komplementär zu den Aktionen der öffentlichen Hand wahr.

Der Zugang zu diesen Dienstleistungen muss universell sein. Vor dem Hintergrund sozialer Entwicklungen und um die soziale Kohäsion zu gewährleisten ist es notwendig, dass die nicht-kommerziellen Organisationen allen Bürgern qualitative Dienstleistungen anbieten.

2. Der ArbeitgeberInnenverband für den nicht-kommerziellen Sektor in der DG: AnikoS

- **Partner sozio-ökonomischer Politik**

Der intersektorielle Arbeitgeberverband AnikoS repräsentiert die im nicht-kommerziellen Sektor aktiven Verbände und Organisationen. Seine Hauptaufgaben sind die Förderung des Funktionierens des Sektors innerhalb seiner Prinzipien der Solidarität und des gesellschaftlichen Auftrags, somit eines gesunden Sozialklimas in der DG.

AnikoS ist:

- eine pluralistische, überparteiliche Plattform, die *Informationsfluss* zu aktuellen - für den nicht-kommerziellen Sektor relevanten - gesellschaftlichen Themen schafft,
- somit den *Meinungsaustausch* fördert,
- eine *Bewusstseinsbildung* für die Wichtigkeit des Sektors fördert,
- Identifikation, Synergie und Profil schafft,
- *intersektorielle kontinuierliche Zusammenarbeit* bezüglich Aktivitäten, Projekten und Weiterbildung koordiniert,
- gesellschaftliche Entwicklungen *antizipiert* um dementsprechend adäquat zu agieren,
- vertritt seine Mitglieder bei Bedarf mit *einer Stimme* in außen stehenden Gremien sowie gegenüber Dritten und Behörden,
- ist Bestandteil der Sozialpartner und Teil der Sozialkonzertierung,
- ist im Wirtschafts- und Sozialrat der DG vertreten und beteiligt sich pro aktiv an der Ausarbeitung der Wirtschafts- und Sozialpolitik,
- hat Zugang zu den Verwaltungskomitees der Fonds (Sektorielle Fonds, Fond Maribel,...).

- **Repräsentation des Sektors und Aufwertung der Expertise**

Die Anerkennung des Sektors und die Berücksichtigung der Positionen von AnikoS sind zurzeit nicht ausreichend. Um seine Dienstleistungen an die gesellschaftlichen Bedürfnisse anzupassen, muss der Sektor sich nicht nur in einem strukturierten und kohärenten Rahmen entwickeln, sondern auch seine Erwartungen in allen Konzertierungsgremien formulieren können.

Die Erfahrungen, welche bei Abschluss und Umsetzung des Rahmenabkommens 2006 auftraten, erfordern, dass die Regierung und die Sozialpartner vorzeitig die Modalitäten und die Praktiken vereinbaren welche die Verhandlungen zum Rahmenabkommen definieren, um so ausgeglichene Sozialabkommen zu garantieren.

AnikoS fordert:

1. die kurzfristige Harmonisierung der Lohn- und Gehaltsstrukturen im gesamten nicht-kommerziellen Sektor,
2. die Autonomie der Betriebe des nicht-kommerziellen Sektors. Insbesondere was die Organisationsstruktur, die interne Funktionsweise und natürlich die Personalpolitik betrifft, muss unangetastet bleiben,
3. die langfristige und stabile Absicherung der Dienstleistungen der Organisationen des nicht-kommerziellen Sektors durch eine ausreichende Finanzierung, damit sie ihre Dienstleistungen allen BürgerInnen zugänglich machen können,
4. die Berücksichtigung der Kostenentwicklung bei der Berechnung der Subventionen für die Personal- und die Funktionskosten (Energiekosten, Mobilitätskosten, Kommunikationskosten ...) der Organisationen, sowie der zusätzlichen Kosten, welche im Zuge neuer legaler Verpflichtungen entstehen (Arbeitsmedizin, Hygiene, Weiterbildung...),
5. die partnerschaftliche Gestaltung des Sozialdialoges im nicht-kommerziellen Sektor auf DG-Ebene. So sollten alle Beteiligten (AnikoS, Gewerkschaften, Regierung) sich in einer ersten Phase darüber einigen, welche finanziellen Mittel zur Verfügung stehen und wie diese in Funktion der Prioritäten und der aktuellen Themen zum Nutzen des Sektors aufgeteilt werden. Auch müssen die Auswirkungen eines Sozialabkommens genau untersucht und alle direkten und indirekten Kosten für die Arbeitgeber berücksichtigt werden. Die Umsetzung der Sozialabkommen im nicht-kommerziellen Bereich muss gesetzlich und finanziell abgesichert werden,

6. eine Unterstützung zur Finanzierung der Personal- und Funktionskosten von AnikoS, um den Sozialdialog mitzugestalten, die deutschsprachigen Organisationen in den Fonds und Kommissionen zu vertreten und Information und Kommunikation bezüglich der sozialprofitablen Dienstleistungen für den Bürger zu entwickeln,
7. ständige Ansprechpartner in Regierung und im Ministerium, um eine konzertierte Arbeitsplanung zu ermöglichen und objektive Auswertungsinstrumente der sozialen Bedürfnisse zu entwickeln.

- ***Beschäftigungspolitische Instrumente und strukturelle Stellen im Sektor***

Das beschäftigungspolitische Instrument BVA (Bezuschusste Vertragsarbeitnehmer) wurde seinerzeit entgegen seiner eigentlichen Zielsetzung, dem Wiedereinstieg in die Arbeitswelt, dazu genutzt, strukturelle Arbeitsplätze in den Organisationen zu schaffen.

AnikoS fordert:

1. die Finanzierung neuer struktureller Arbeitsplätze im nicht-kommerziellen Sektor,
2. die Umwandlung von BVA-Stellen in „normale“ Arbeitsstellen mit entsprechender öffentlicher Finanzierung,
3. die Berücksichtigung der BVA Stellen bei der Verhandlung des Rahmenabkommens im nicht-kommerziellen Sektor der DG,
4. eine automatische Kopplung des BVA Zuschusses an die Indexsprünge.

3. Der nicht-kommerzielle Sektor als wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen Regionalentwicklung

Der nicht-kommerzielle Sektor leistet einen wichtigen Beitrag in beschäftigungspolitischer und sozialer Hinsicht im Rahmen einer nachhaltigen Regionalentwicklung. Der Sektor gibt Antworten auf die sozialen, kulturellen und ökologischen Bedürfnisse hier vor Ort. Er schafft Orts nahe Arbeitsplätze auch für sozial-schwächere Personen, die nur schwer oder gar nicht auszulagern sind und leistet insgesamt einen wesentlichen Beitrag zum sozialen Zusammenhalt der Region.

AnikoS fordert:

1. eine Analyse des Instrumentes „IDESS – Initiative de développement de l’emploi dans le secteur des services de proximité sociale“ hinsichtlich der Subventionierung, der Antragsprozedur, den Tätigkeiten und den Bedingungen für ihre Ausübung und gegebenenfalls eine Anpassung an die Spezifität der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
2. eine konkrete, effektive Einbeziehung bei der Erarbeitung und Verfeinerung des regionalen Entwicklungskonzeptes und eine Auswertung des dadurch entstehenden Mehrwertes,
3. eine in Zusammenarbeit mit dem Sektor durchgeführte Überprüfung/Analyse jeder regionalen oder föderalen Maßnahme auf ihren Mehrwert, ihre Kompatibilität und Umsetzbarkeit in der Gemeinschaft. Die Umsetzung solcher Maßnahmen sollte gegebenenfalls durch begleitende Maßnahmen von der DG unterstützt werden.

- ***Die Weiterbildung heute und die Herausforderungen der Zukunft***

Der nicht-kommerzielle Sektor ist ein wichtiger Partner, wenn es darum geht, die im Rahmen der Lissabon-Strategie festgelegten Ziele im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung zu erreichen. Insbesondere was den leichteren Zugang zur allgemeinen und beruflichen Bildung für alle betrifft, kann der nicht-kommerzielle Sektor einen wesentlichen Beitrag hierzu leisten.

AnikoS fordert:

1. eine Finanzielle Unterstützung der Strukturen und Arbeitnehmer, damit den Weiterbildungsverpflichtungen sinnvoll genüge getan werden kann,

2. den Ausbau der Maßnahmen zur Unterstützung der Weiterbildung im nicht-kommerziellen Sektor. So sollte beispielsweise der Zugang zu BRAWO (Berufliche Aus- und Weiterbildungs-Offensive) allen Arbeitnehmern des Sektors offen stehen,
3. die Berücksichtigung der Weiterbildungszeit bei der Berechnung des Verhältnisses Arbeitsstunden zu erbringende Dienstleistungen,
4. die Bereitstellung der notwendigen Mittel, damit die Weiterbildung ausgehend von den Erfahrungen und Notwendigkeiten der Akteure des Sektors erarbeitet und von den Organisationen selber perspektivisch geplant werden kann.

- ***Energie und Infrastruktur***

Anikos fordert:

1. weitere Verbesserungen der Infrastruktur, um auf die Bedürfnisse sozialer Entwicklungen der Zukunft vorbereitet zu sein,
2. die Mittel um Entwicklung und Bereitstellung von Information und Sensibilisierung für die Energieproblematik im nicht-kommerziellen Sektor.

- ***Belgien und Europa: Herausforderungen des nicht-kommerziellen Sektors***

Anikos fordert:

1. die aktive Förderung von innerbelgischer und grenzüberschreitender Zusammenarbeit der Betriebe des nicht-kommerziellen Sektors (Z. Bsp. auf Ebene der Euregio Maas-Rhein und der Großregion),
2. das Schützen der Dienstleistungen des nicht-kommerziellen Sektors vor einer Liberalisierung aufgrund des Mehrwertes,
3. das Einbinden des Sektors in den Prozess der Gestaltung und der Umsetzung europäischer Direktiven bezüglich der Dienstleistungen im Binnenmarkt.

ⁱ „Die Bedeutung des nicht-kommerziellen Sektors in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens“ eine Studie des Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens im November 2007.